

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und
Soziales
von Donnerstag, 16.09.2021,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:04 Uhr
Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Andreas Adrian	ab 14:11
Frau Edeltraud Fecher	
Herr Dietmar Fieger	
Herr Mattis Fischmann	bis 17:09
Herr Wolfgang Härtel	bis 16:10
Frau Jessica Klug	
Herr Martin Stock	ab 14:11
Herr Gernot Winter	
Frau Susanne Wörner	bis 16:49

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Rudi Schuck	Vertretung für Herr Dr. Florian Herrmann
------------------	--

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Florian Herrmann
Frau Julia Körbel
Herr Jörg Reinmuth

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Klassert, Anna-Lena, UB 1.1	zu TOP 1
Rätz, Rüdiger, SG 22	zu TOP 2
Kaufmann, Katharina, SG 22	zu TOP 3
Adams, Stefan, SG 223	zu TOP 6 und TOP 7
Platz, Helmut, SG 224	zu TOP 8
Juliana Fleischmann, UB 1.2	zu TOP 9
Weimer, Ursula, SG 22	zu TOP 11
Mika, Ivonne, UB 1	Schriftführerin
Usta, Mehmet, UB 1	
Fleischhauer, Fabienne, UB 1	
Seidel, Susanne, UB 1	

Ferner haben teilgenommen:

Wohlmuth, Ulrich, Staatliches Schulamt	zu TOP 4
Kluin, Elisabeth, Main4Eck	zu TOP 5
Wollbeck, Philipp, Main4Eck	zu TOP 5
Hartmann, Jenniffer, Kreisjugendring	zu TOP 10
Schötterl, Bernd, FW	

Tagesordnung:

- 1 Vorstellung der Bildungsmanagerin
- 2 Bericht aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst
- 3 Bericht aus dem Kindergartenbereich
- 4 Bericht des Staatlichen Schulamtes
- 5 Aufbau einer Beratungsstelle für internationalen Austausch
- 6 Bericht aus der Jugendsozialarbeit
- 7 Bericht aus der Jugendberufsagentur
- 8 Bericht aus der Kommunalen Jugendarbeit
- 9 Bericht aus der Jugendkultur
- 10 Bericht aus dem Kreisjugendring
- 11 Bericht aus dem beratenden und begleitenden Ausschuss zur Jugendhilfeplanung
- 12 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Vorstellung der Bildungsmanagerin

Landrat Scherf stellt zum Sitzungsbeginn fest, dass in den letzten anderthalb Jahren der Pandemie die Kinder und Jugendlichen eine besondere Solidarität gezeigt haben gegenüber den absolut notwendigen Maßnahmen, um die vulnerable Bevölkerung zu schützen und insgesamt gesellschaftlich das COVID-Virus in den Griff zu bekommen. Die Generation der Kinder und Jugendlichen hat diese Entscheidung bewusst mitgetragen. Es ist keine stille Generation. In den zwei, drei Jahren zuvor wurde durch die „Fridays for Future“-Bewegung deutlich, dass diese Generation sehr wohl und sehr deutlich ihre Interessen äußern kann. Die Gesellschaft und die Erwachsenen sollten deshalb in ganz besonderer Weise achten und wertschätzen, was Kinder und Jugendliche in den letzten anderthalb Jahren bewusst geduldet und hingenommen haben – weil sie die Notwendigkeit eingesehen haben, Kontaktbeschränkungen hinzunehmen, keine Schule zu besuchen, keine Freunde zu treffen usw. Um nicht achtlos darüber hinwegzugehen, sind in der aktuellen Tagesordnung vor allem Berichte enthalten, die die Belastungen aus den vergangenen anderthalb Jahren aufzeigen, bereits bestehende Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen auflisten sowie den künftigen Bedarf der kommenden Monate und Jahre identifizieren. Sehr enttäuschend ist, dass außer Herr Zang kein weiterer Medienvertreter trotz Einladung erschienen ist, um über das wichtige Ausschussthema zu berichten, da bereits der Vorwurf der jungen Generation besteht, dass ihre Leistungen und Opfer in der Pandemie nicht gesehen und gewürdigt werden.

Frau Klassert, UB 1, B 1.1., stellt sich als neue Bildungsmanagerin und damit Nachfolgerin von Tim Steinbart vor. Sie ist seit knapp zwei Monaten im Landratsamt Miltenberg mit einer 50 Prozent-Stelle beschäftigt. Sie kommt aus Aschaffenburg und hat Bildungssoziologie studiert, im Nebenfach Pädagogik. Durch ehrenamtliche Tätigkeiten hat sie bereits Basiskenntnisse vor Ort gesammelt und lobt die guten Strukturen des Landkreises Miltenberg in Hinblick auf Bildung. Sie möchte sich daher verstärkt auf die sozialen Brennpunkte, soziale Herkunft und die Bildungsmöglichkeiten fokussieren.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Bericht aus dem Allgemeinen Sozialen Dienst

Herr Rätz, SG 22, berichtet aus dem ASD gemäß der Präsentation.

Herr Scherf befürwortet das Lob an den ASD und den Bericht an den BKS. So erfahren die Ausschussmitglieder, was unter Corona-Zeiten Besonderes geleistet wurde und wird. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die keine belastbaren Strukturen um sich herum haben, sind in der Zeit vor fast unvorstellbare Herausforderungen gestellt.

Herr Fieger merkt an, dass sich alles ernst und schwierig anhört. Auch schwierig für das Jugendamt, seiner Arbeit nachzukommen durch den erschwerten Zugang zu den Familien. Mit Ausnahme der wenigen To-go-Gespräche setzt sich eine fatale Ereigniskette in Gang. Ohne den familiären Zugang werden Probleme nicht oder zu spät erkannt. Dadurch ist mit einer nachgelagerten Bugwelle zu rechnen, die es abzarbeiten gilt. Eine schwierige Situation für alle Beteiligten. Er fragt, ob es auch positive Dinge aus der Pandemiezeit zu berichten gibt und ob nur das klassische Klientel Kunde des Jugendamtes war.

Herr Rätz hebt lobend den Zusammenhalt im Team und auch zwischen den Fachdiensten hervor. Die JaS ist auch viel außerhalb der Schule aktiv. Die Zusammenarbeit mit dem Schulamt und der der Polizei klappt hervorragend. Die Polizei übernimmt teils Aufgaben des Jugendamtes, und dies kostenfrei. Ohne deren Unterstützung wäre die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter des Jugendamtes noch viel stärker ausgeprägt. Gegen Ende des Lockdowns haben sich eher normale Familien gemeldet, die Hilfe angefordert haben. Überwiegend unter dem Gesichtspunkt „Ende des Lockdowns, jetzt reicht´s.“ Dies ist als vertrauensvolle Einstellung der Familien gegenüber dem Jugendamt zu werten, ein sehr erfreulicher Aspekt.

Frau Weimer ergänzt, dass das Jugendamt in dieser Zeit in der Öffentlichkeit sehr positiv wahrgenommen wurde. Es gab sehr intensive telefonische Fragen, zum Beispiel durch Kita-Leitungen, pädagogische Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Bereichen, auch Familien, Schulvertreter, teils Lehrkräfte. Durch diese positive Wahrnehmung haben sich einige Familien an das Jugendamt gewendet, die sich sonst nicht anvertraut hätten.

Herr Scherf konstatiert die spannende Entwicklung. Es gab Zeiten, da überlegte man nach einem anderen Namen für das Jugendamt. Und nun hat die Gesellschaft den Eindruck, das Jugendamt hilft einem in der Not. Dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Frau Fecher fragt, ob die Arbeit des Jugendamtes auch Migrationsfamilien, Flüchtlingskinder und -jugendliche in der Betreuung einschließt oder ob eine separate Betreuung erfolgt.

Herr Rätz erläutert, dass die erwachsenen Flüchtlinge nicht durch das Jugendamt, sondern durch die Caritas betreut werden. Unbegleitete minderjährige Jugendliche, die das Jugendamt auch als Amtsvormund begleitet hat, die auch mit Jugendhilfe groß geworden sind, werden vom Jugendamt bis zu ihrer Volljährigkeit weiter begleitet, solange sie Jugendhilfe benötigen. Ebenso werden auch Familien beraten, sofern es kritisch ist. Ansonsten wird auf die Migrationsberatung der Caritas verwiesen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Bericht aus dem Kindergartenbereich

Frau Kaufmann, SG 22, berichtet über die Situation der Kinder der Altersgruppe U6 in den Kindertageseinrichtungen gemäß der Präsentation.

Herr Scherf fasst zusammen, dass sich auch in dieser Gruppe ein düsteres Bild abzeichnet. Es ist daher wichtig, sich bewusst zu machen, was Corona für Kinder in dem Alter von 2-5 Jahren bedeutet, über solange Zeit diese Einschränkungen und die Ungewissheit mitzutragen. Daher gebührt auch hier allen der Respekt, die in diesen Bereichen arbeiten. Allein das Organisieren der Notbetreuung für die Kinder zog einen immensen Abstimmungs- und Kommunikationsaufwand zwischen den Kindertagesstätten, dem Ordnungsamt und Frau Kaufmann nach sich. Auch die Erweiterung der systemrelevanten und damit für die Notbetreuung berechtigten Berufe brachte eine große Dynamik mit sich – dies nur als ein Beispiel für den immensen Arbeitsaufwand aufgrund der vielen Änderungen.

Frau Klug verweist darauf, dass die Maskenpflicht für Kinder zu großen Problemen führt, für Erwachsene diese aber oftmals nicht mehr gilt. Daher mahnt sie an, weiter nach anderen Lösungen zu suchen, um gerade in den Bereichen der Kinderbetreuung die Maskenpflicht entfallen lassen zu können. Ihre Besuche bei der Firma Heraeus in Kleinostheim, die Luftfilter herstellt, und bei der Firma Nebu-Tec GmbH, die in Elsenfeld Inhalationsgeräte produziert, veranlassen sie zu der Frage, ob sich bereits über anderweitige Möglichkeiten zur Luftaufbereitung in den Tagesstätten Gedanken gemacht wurde, wie beispielsweise durch Luftfilter, UV-Anlagen oder Inhalatoren.

Herr Scherf verweist auf sehr viele unterschiedliche Entwicklungen, aber eine Kindergarten-Fachaufsicht auf Landkreisebene verfügt über keine medizinische Expertise zu deren Beurteilung. Die Konzepte und die vom Gesundheitsministerium kommenden Vorgaben werden umgesetzt. Grundsätzlich ersetzt eine Filterung von Luft keinen Luftaustausch, sondern kann nur ergänzen, wo ein Luftaustausch nicht umfassend möglich ist. Auch weiterhin sind die Vorgaben des RKI für die Quarantäneanordnungen zu beachten. Es erfolgt bei Infektionsfällen grundsätzlich eine Prüfung seitens des Staatlichen Gesundheitsamtes dahingehend, ob eine gute Lüftung ausreichend gegeben war. Bezüglich der Kreisschulen hat sich Herr Scherf mit Kreisbaumeister Wosnik ausgetauscht mit dem Ergebnis, dass in jedem der Räume entweder über die Lüftungsanlage oder über das Stoßlüften eine ausreichende Lüftung gewährleistet ist. Auch in den Kindergärten im Bereich der Städte und Gemeinden muss eine thematische Auseinandersetzung erfolgen, um eine optimale Belüftung zu gewährleisten und zu hinterfragen, inwiefern der Einsatz eines Luftfilters dieses Lüftungskonzept ergänzen kann. Das Unternehmen Nebu-Tec aus Rück-Schippach ist Herrn Scherf sehr wohl bekannt. Es erfolgte eine Kontaktabstimmung mit dem Gesundheitsministerium in Bayern und eine wissenschaftliche Studie wurde dahingehend initiiert, ob eine gute Befeuchtung der Atemweg in den Herbst- und Wintermonaten die Infektanfälligkeit reduziert. Diese Erwartungshaltung muss durch eine wissenschaftliche Studie belegt werden. Eine Regelung, wie die Maske zu tragen ist, obliegt nicht der Kompetenz eines Landratsamtes, sondern es muss sich auf die Expertise des RKI und des LGL und in der Umsetzung auch auf das Gesundheitsministerium verlassen werden. In den vergangenen Wochen wurde nach Modellkindergärten gesucht, die bereit sind, dies auszuprobieren. Die Inhalation mit einer Kochsalzlösung ist an sich harmlos, jedoch muss vorab der Elternbeirat eingebunden werden. Nach dessen Zustimmung kann eine Beteiligung an der Studie erfolgen. Eine Universität muss die Studie begleiten, ebenfalls das LGL. Die Ergebnisse sind erst abzuwarten, bevor eine Empfehlung zur Inhalation abgegeben werden kann.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht des Staatlichen Schulamtes

Herr Wohlmuth, Leiter des Staatlichen Schulamtes, beginnt mit den positiven Aspekten, mit welcher Energie, Zusammenhalt und Engagement die Lehrerschaft, die Kindergärten und alle Personen, die mit Kindern arbeiten, die bisherige Corona-Situation bewältigt haben. Die Arbeitszeiten und Leistungsbereitschaft seiner Kollegen*innen hat ihn tief beeindruckt. Auch die daraus erwachsene Innovationskraft die Digitalisierung betreffend, ist erwähnenswert und zum Glück nicht mehr umkehrbar. Als positiv ist auch die Anerkennung für alle erzieherischen und schulischen Berufe zu werten, da die Eltern sehr deutlich die damit einhergehenden Schwierigkeiten gespürt haben. Eltern, die im Homeoffice gearbeitet haben und nebenbei Homeschooling beaufsichtigen mussten, haben den größten Respekt verdient. Für Lehrer*innen war die Stoffvermittlung und der Umgang mit den jungen Menschen unter diesem Aspekt deutlich erschwert. Auch die Kooperation mit den Elternhäusern hat sich in vielen Fällen deutlich verstärkt. In Einzelfällen war leider das Gegenteil der Fall, wenn sich die Eltern verstecken wollten.

Die negativen Folgen für Schüler*innen sind final noch nicht abzuschätzen. Jede Schule ist ihr eigener kleiner Mikrokosmos mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Die einen konnten durch einen Ganztagesbereich viel abfangen, andere weniger. Erst wenn die Kinder circa ein Vierteljahr die Schule wieder kontinuierlich besuchen, sind die Folgen final abschätzbar. Die bisherigen Rückmeldungen von Schulen berichten von teils massiven Lernrückständen. Manche Kinder sind extrem gut mit den Gegebenheiten zurechtgekommen, denn im Homeschooling gab es keine Störungen vom Nachbarn und keine unnötige Ablenkung. Dadurch haben manche Kinder, denen diese Art des Wissenserwerbs liegt, Fortschritte erzielt, andere dagegen Rückschritte gemacht. Letztendlich sind die Wissenslücken nicht entscheidend, denn die durchschnittlichen Prüfungsschnitte haben sich nicht verschlechtert. Es haben nicht weniger Kinder das Abitur abgelegt oder den qualifizierten Abschluss der Mittelschule bestanden. Man hat gelernt, damit zu leben, und sich angepasst. Kein Kind wurde prüfungstechnisch benachteiligt. Dagegen ist zurückgekommenen Kindern die Arbeitshaltung, die Struktur, die Konzentrationsfähigkeit, mit anderen in der Schule wieder zurecht zu kommen, das Stillsitzen und das Zuhören anfangs sehr schwer gefallen. Soziale und emotionale Problemlagen bei Kindern und Elternhäusern, die schon vorher Schwierigkeiten hatten, haben sich verstärkt. Dies einzufangen ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Durch die Einführung der Masken- und Testpflicht und der Möglichkeit der Abmeldung hat man diesen Eltern die Möglichkeit gegeben, ihre Kinder eine Zeit lang aus dem Schulsystem herauszunehmen. Damit bestand weder für die Schule noch für das JaS vor Ort die Möglichkeit eines Eingriffes. Auch die Polizei konnte Schulschwänzer nicht mehr verfolgen. Erwähnenswert ist auch die Mehrfachbelastung für die Schulkräfte und die Verwaltung. Es galt, Präsenz-, Distanzunterricht und Notbetreuung miteinander zu vereinbaren. Mit einem enormen Aufwand war dies möglich, aber bei einer Dauer von anderthalb Jahren ist dies kein kurzer Zeitraum mehr. Der Ausnahmezustand wurde zum vorübergehenden Normalzustand, bei dem man aufpassen musste, dass die Arbeitsfähigkeit erhalten blieb. Schwangere Lehrkräfte erhielten Berufsverbot, Testungen führten zu extremen Mehraufwänden, Personalakquise war stark gefordert. Schulen mussten sich selbst auf die Suche nach Unterstützung machen. Jede Schule musste ihr eigenes Konzept aufstellen. Lehrer*innen waren noch nie so gefordert und mussten so zeitintensiv verfügbar sein - morgens Präsenz-, nachmittags Distanzunterricht, abends Elterngespräche.

Der Staat hat für die Aktion „Brücken bauen“ und die Sommerschule beispielsweise Finanzmittel bereitgestellt: In Phase I Ende des Schuljahres und zu Beginn der Sommerferien 30.000€ für die Grundschulen und 20.000€ für die Mittelschulen. Damit konnten diese selbst Personal akquirieren, um Auffangkurse für Schüler*innen zu generieren. Als Voraussetzung mussten die Schulen jeweils eine Leistungserhebung durchführen. Eltern, die bewusst ihre

Kinder aus dem Schulbetrieb genommen haben, haben natürlich auch das zusätzliche Kursangebot nicht genutzt. Das Programm „Brücken bauen“ wird die nächsten zwei Jahre noch fortgesetzt. Für das laufende Schuljahr stehen den Grundschulen 238.000€ zur Verfügung und den Mittelschulen 123.000€. Dazu betreiben die Schulen erneut Personalakquise. Die Bewerber*innen müssen alle gültigen Einstellungsstandards durchlaufen. Dies stellt einen immensen verwaltungstechnischen Aufwand dar und schreckt zahlreiche Bewerber*innen ab, die keine Lust auf diese Papierberge haben. Bei der Frage, ob es eine Corona-Generation gibt, hofft Herr Wohlmuth, dass dies nicht der Fall ist. Denn Lernen findet lebenslang statt. Wenn wieder Normalität einkehrt, wird sich das Meiste normalisieren, wenngleich einige Kinder im sozial-emotionalen Bereich oder Kinder mit schwachen Elternhäusern mehr Zeit dafür benötigen.

Herr Fieger hält als positiven Aspekt fest, dass das Bringen und Holen und die Übergabe der Kinder in den Kitas und Schulen entspannter und geordneter in Corona-Zeiten ablief als vor Corona, wo ein ständiges Kommen und Gehen herrschte. Hier wäre es wünschenswert, diese geordnete Übergabe beizubehalten.

Frau Fecher fragt, ob die Problemfälle über die Schule aufgefangen werden oder über andere Stellen.

Herr Wohlmuth verweist auf JaS, die an allen Mittelschulen verortet ist. Als optimale Schnittstelle zum Jugendamt als Partner sowie als Ansprechpartner zwischen Kindern, Eltern, Lehrer und Schule ist die JaS eine große Bereicherung. Früher waren die Kommunikation und der Datenaustausch deutlich schwieriger. Die Bewältigung dieser Problemfälle wird alle vor große Herausforderungen stellen, das kann niemand alleine lösen. Herr Wohlmuth weist auf Kinder hin, deren Eltern mit den getroffenen Corona-Schutzmaßnahmen aus vielerlei Gründen große Probleme haben. Gerade für Kinder und Jugendliche wird ein großes Spannungsverhältnis erzeugt, wenn die Eltern die Masken- und/oder Testpflicht verweigern. Auch um diese Kinder muss man sich kümmern.

Herr Scherf berichtet von seinem Besuch im November 2020 an drei Schulen des Landkreises. Die Schüler*innen haben von sich aus berichtet. In Amorbach war ein Kind froh, wieder die Schule besuchen zu können und wollte nie wieder erleben, wie im ersten Lockdown wochenlang die Schule geschlossen war. Leider kam es im Januar, Februar und März 2021 trotzdem zu Einschränkungen. In ganz Bayern gibt es keine belegbaren Folgeinfektionen in Schulen. Die Hygiene- und Lüftungskonzepte inklusive Maske funktionieren. Und auch wenn ein Kind meinte „die Maske ist doof“, so entfaltet sie doch ihre Wirkung. Die Hauptsache ist, die Schulen können geöffnet bleiben.

Herr Wohlmuth beteuert seinen tiefen Respekt vor der unterschiedlichen Meinung von Menschen. Gerne wird der Dialog zu den Eltern gesucht, dennoch sollten die Diskussionen nicht vor Kindern geführt werden.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Aufbau einer Beratungsstelle für internationalen Austausch

Herr Scherf führt ein, dass die Idee einer Beratungsstelle bereits in den vergangenen ein oder zwei Jahren im Austausch zwischen den Gremien der Bildungsregion und Schulen entstanden ist. Der Austausch wird komplett finanziert, aber die Schulen und Vereine nutzen diese Möglichkeit nicht. Denn die Beantragung europäischer Fördergelder erfolgt selten aufgrund des immensen Zeitaufwandes. Förderanträge sind teils 60 Seiten lang, die ausgefüllt werden müssen. Dann erfolgt der Versand an ein vom Bildungsdienstleister beauftragtes Unternehmen. Nach Sichtung, Auswertung und Korrektur erfolgte der Rückversand. Zwecks Überarbeitung erfolgt ein Beratungsgespräch, anschließend die erneute Abstimmung und dann erst der eigentliche Versand des finalen Antrages. Das gleiche langwierige Prozedere durchläuft man beim Reflexionsbogen.

Frau Kluin und Herr Wollbeck von der LAG Main4Eck stellen vor:

Das Förderprogramm ERASMUS+ der Europäischen Union unterstützt nicht nur Studierende bei ihrem Auslandsaufenthalt, sondern auch Schüler*innen, Lehrer*innen und andere Akteur*innen finanziell beim internationalen Austausch in jeglicher Form. Leider profitieren diese Zielgruppen im Landkreis Miltenberg bisher nur sporadisch von diesem Unterstützungsangebot, da ERASMUS+, wie viele andere Förderprogramme auch, einen enormen Bürokratieaufwand mit sich bringt. Dieser kann jedoch von den einzelnen Schulen oder anderen möglichen Antragsteller*innen nicht neben dem üblichen Tagesgeschäft bewältigt werden. Dabei ist eine sehr hohe Anzahl an Projekten, Austauschformaten und Kooperationen denkbar, die von den Schulen gewünscht und auch förderfähig sind. Durch den Austausch mit den Schulen, für die der Landkreis Sachaufwandsträger ist, und dem Schulamt haben sich beispielsweise folgende Projektideen entwickelt:

- Auslandspraktika in der 11. Jahrgangsstufe
- Aufbau und Pflege von Kontakten zu internationalen Partnerschulen
- Umsetzung von internationalen Projekten im Rahmen des P-Seminars an Gymnasien
- Internationale Lehrerfortbildungen samt Mobilität

Weitere Projektideen können auf dieser Grundlage entwickelt werden.

Dafür bietet ERASMUS+ sehr attraktive Fördersätze an:

Beispielsweise würde ein klassischer zehntägiger Schüleraustausch eines P-Seminars mit 15 Schüler*innen und zwei Lehrkräften mit einer Schule im polnischen Posen eine Unterstützung von ca. 15.000,00 € erhalten können. Gefördert werden dabei Fahrtkosten, Übernachtungskosten und Verpflegung sowie vorbereitende Besuche, Kursgebühren, sprachliche Vorbereitungen und einige weitere Kosten. Nachhaltige Verkehrsmittel werden zudem mit einem erhöhten Satz unterstützt.

Bietet eine Schule Auslandspraktika an und entsendet eine Gruppe von zum Beispiel acht Schüler*innen für zehn Tage nach Barcelona, kommen dafür Fördermöglichkeiten in Höhe von ca. 10.000,00 € in Frage.

Die Geschäftsstelle der LAG Main4Eck setzt sich seit 2009 mit Förderprogrammen, insbesondere der EU, auseinander. Daher sind zum einen die internen Strukturen und zum anderen die Kompetenzen in der Kommunikation mit öffentlichen Partnern und vor allem zur Beantragung von Fördermitteln optimal, um dort eine Beratungsstelle für den Landkreis Miltenberg aufzubauen.

Die Beratungsstelle soll besonders Schulen (alle möglichen Schularten), aber auch andere

mögliche Antragsteller für internationale Austauschprogramme beraten und ihnen im Antragsprozess Arbeit und die Kommunikation mit den Förderstellen abnehmen. Die LAG Main4Eck benötigt hierfür eine Unterstützung von 32.793,60 € vom Landkreis Miltenberg, um diese Beratungsstelle in Form einer Personalstelle (50%) aufbauen zu können und somit den internationalen Austausch im Landkreis initiieren, aufzubauen und langfristig zu fördern. Über die LEADER-Stelle kann eine Förderung einer Personalstelle zu 60 % erfolgen, in Summe 65.587,20€. Da der Förderzeitraum 2023 endet, kann noch bis 2024 abgerechnet werden. Der Antragsteller, somit die LAG Main4Eck, muss einen Eigenanteil von 10% erbringen. Auch die Grundausrüstung des Büros wird mitgefördert.

Herr Härtel findet die Möglichkeit großartig, die Kinder wieder zusammenzubringen. Auch im Hinblick des auseinander triftenden Europas stellt dies eine sehr gute Maßnahme dar, um die Länder und Menschen wieder näher zueinander zu bringen und Verständnis füreinander zu entwickeln. Eine Anlaufstelle für die erleichterte Antragstellung führt voraussichtlich zu einer vermehrten Antragstellung. Somit ist diese Idee zu unterstützen. Er fragt, auf welches Programm in den Unterlagen verwiesen wird.

Frau Kluin erläutert, dass sämtliche der EU-zugehörigen Länder eingeschlossen sind, zuzüglich weiterer aufgelisteter Länder. Das Programm geht auch über die EU-Grenzen hinaus, allerdings liegen für eine erfolgreiche Antragstellung die Hürden nochmals deutlich höher. Auch Kindergärten und Kitas können Anträge stellen.

Herr Wollbeck ergänzt, dass keine analogen/persönlichen Treffen notwendig sind, sondern auch digitale Austauschformen gefördert werden, zum Beispiel ein digitaler Sprachunterricht mit der Partnerschule.

Herr Fieger resümiert, dass ein Erasmus-Aufenthalt in einem Mitgliedsland als Student*in eine Bereicherung für einen selbst und die eigene Persönlichkeit darstellt. Der Gedanke des Völkeraustausches ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt. Wer schon mal einen LEADER-Antrag ausgefüllt hat, weiß, wie sinnvoll es ist, dieses mit kompetenter Unterstützung vorzunehmen. Die Idee begeistert ihn und sollte zeitnah in die Breite kommuniziert werden. Neben Studenten sollen auch Schüler*innen sowie Kindergärten angesprochen werden. Für die Öffentlichkeitsarbeit ist ein entsprechendes Budget eingeplant, sodass kommunikativ das Angebot beworben werden kann.

Herr Scherf weist auf die Aufgabe der Beratungsstellen hin, die Schulen, Kindergärten und Vereine auf das Angebot aufmerksam zu machen.

Herr Schuck fragt, ob aufgrund der Kooperation mit dem polnischen Landkreis eine Einbindung möglich ist.

Herr Scherf bejaht und erinnert an den ersten Kontaktbesuch in Polen in der Region Legionowo, nördlich von Warschau, in 2019. Der Gegenbesuch war für das Frühjahr 2020 vorgesehen, um offiziell die Partnerschaft beginnen zu lassen. Coronabedingt konnte dies jedoch nicht stattfinden. Der Kontakt ist nicht abgebrochen, ggf. ist 2022 die Bereisung möglich.

Herr Schuck fragt, ob auch ein Rotary-Schüleraustausch förderbar wäre.

Herr Wollbeck geht aufgrund der breit gefassten Fördermöglichkeiten davon aus. Es wurde sich seitens LAG Main4Eck erstmal auf die Schulen begrenzt, da das Spektrum unfassbar groß ist. Für eine thematische Vertiefung wird die zu beschließende Personalstelle benötigt.

Herr Adrian verweist auf die Kinderpflegeschule in Aschaffenburg. Bei einem dortig angebotenen Auslandspraktikum waren die Selbstbeteiligungskosten sehr hoch. Daher konnten einige Interessenten mangels Liquidität nicht teilnehmen.

Herr Wollbeck verweist auf die Pauschalen, die seines Erachtens zu keinem oder nur sehr geringem Eigenanteil führen.

Herr Wohlmuth ergänzt aus seinen Erfahrungen im Bereich Schule und Lehrkräfte, dass die Pauschalen gemäß seinen Erfahrungswerten ausreichend sind.

Herr Winter hinterfragt die mitzubringende Qualifikation für die neu zu schaffende Stelle sowie die Entgeltgruppe bei einem Gehalt von rd. 30.000,00€.

Herr Wollbeck erklärt, dass die Entgeltgruppe 10, Stufe 2 zugrunde gelegt wurde. Es wird ein Hochschulabschluss erwartet und möglichst Erfahrung mit Erasmus und Förderprogrammen.

Herr Scherf ergänzt, dass die neue Stelle zu keiner Mehrung im Stellenplan des Landratsamtes führt, sondern der zu bezuschussende Anteil zu überweisen ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales beschließt, die LAG Main4Eck mit 32.793,60 €, verteilt auf die Haushaltsjahre 2022, 2023 und 2024, zu unterstützen, um eine Beratungsstelle für internationalen Austausch aufzubauen.

Tagesordnungspunkt 6:

Bericht aus der Jugendsozialarbeit

Herr Adams, SG 223, präsentiert aus der Jugendsozialarbeit.

Herr Scherf platziert den Hinweis, dass die JaS stark an den Schulen verortet und gefordert ist. In den kommenden Monaten wird sie eine ganz besondere Sensorenfunktion einnehmen. Die JaS wird eruieren, wo ein jeweiliger Bedarf besteht. Für viele Kinder ist es belastend, wieder mit solch einer Vielzahl anderer Kinder im Klassenraum oder Pausenhof aufeinander zu treffen. Es wird eine spannende Aufgabe für die Pädagogen sein, zu beobachten, wie die Kinder als Mensch zurückkommen und welche Kenntnisse sie noch haben.

Herr Fieger begrüßt den systematischen Ansatz von Jugendarbeit an Schulen, die Einzelfallbetreuung und -betrachtung. Dies ist eine sehr gute Verstärkung im Grund- und Mittelschulbereich.

Herr Scherf ergänzt die Berufsschule und die Johannes-de-La-Salle-Berufsschule. Neben der Eruierung der Bedarfe fällt der JaS auch eine Lotsenfunktion zu dem entsprechenden Angebot zu sowie eine Ideenentwicklung zur nachträglichen Kompensation der Defizite.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Bericht aus der Jugendberufsagentur

Herr Adams, SG 223, präsentiert aus der Jugendberufsagentur.

Herr Scherf berichtet, dass das Instrumentarium Jugendberufsberatung rechtzeitig vor drei Jahren geschaffen wurde, da in den nächsten ein bis zwei Jahren ein besonderer Bedarf vorliegen wird, um die jungen Menschen, die nicht auf normalem Weg in die Berufsberatung integriert werden konnten, wieder einzubinden. Die Arbeitsmarktsituation hat sich trotz der Pandemie sehr gut entwickelt, auch auf dem Ausbildungsmarkt. Die Ausbildungsstellen sind grundsätzlich vorhanden. Die jungen Menschen, die durch die Jugendberufsagentur begleitet werden, müssen noch fit gemacht werden. Hierfür ist ein Praktikum unabdingbar. Coronabedingt ist diese Möglichkeit oftmals entfallen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass gute Chancen für diese jungen Menschen bestehen, aber eine Begleitung dieser Personen und die Entfaltung ihrer Verbesserungspotenziale ist unerlässlich. Der Landkreis Miltenberg ist strukturell gut aufgestellt durch die Jugendsozialarbeit und die Jugendberufsagentur.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8:

Bericht aus der Kommunalen Jugendarbeit

Herr Platz, SG 224, berichtet aus der Kommunalen Jugendarbeit.

Herr Scherf konstatiert, dass Jugendliche nie die Pandemietreiber waren. Das Zustandekommen statistischer Zahlen muss man auch mal kritisch reflektieren. Keine andere Altersgruppe wurde während der Pandemie in solch einer Intensität getestet. Auch zurzeit werden Schulkinder am häufigsten getestet. Dies ist ein Automatismus. Es besteht Sorge, dass in den nächsten drei bis vier Wochen in der öffentlichen Wahrnehmung über die Kinder, Jugendlichen und Schulen einzig und alleine vor dem Hintergrund hoher Indexzahlen gesprochen wird. Deswegen äußert er seine Enttäuschung, dass beim gestrigen Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus die Presse vertreten war und an der heutigen Sitzung zur Situation der Kinder und Jugendlichen kein Interesse der Presse zur Berichterstattung besteht. Mit Stand 16. September 2021 sind zehn Schulen mit Indexfällen betroffen. Aber daran tragen nicht die Schulen die Schuld. Das Infektionsgeschehen beruht auf den Erwachsenen, von denen zahlreiche ihrer Verantwortung zur COVID-Impfung nicht nachgekommen sind. Daher liegt noch immer ein Infektionsgeschehen vor. Die Kinder und Jugendlichen unter zwölf Jahren sind nicht impfbar, aber die Leidtragenden. Ende September, Anfang Oktober ist wieder das öffentliche Bild der jungen Leute als Pandemietreiber zu erwarten. Es wird erneut verkannt, was diese Generation in den letzten ein bis zwei Jahren mitgetragen und auch ertragen hat und dass dies eine ganz andere Form der Aufmerksamkeit benötigt.

Herr Scherf dankt für den Appell zu den Fahrten. Gruppenfahrten sind natürlich zurzeit eine Abwägungssache. Die Fahrten und gemeinsamen Freizeiten sind sehr wertvoll. Ein Riesendankeschön geht an die Vereine für das, was sie in diesem Kontext initiiert haben. In einer Freizeitwoche lernen die Kinder so viel, davon zehren sie noch Monatelang durch das Aufarbeiten von Eindrücken und Erzählungen. Diese Gruppendynamik ist unvorstellbar. Daher sind die Schulen unbedingt zu ermutigen, Freizeitfahrten wieder durchzuführen, auch wenn dies eine Woche Unterrichtsausfall bedeutet.

Frau Klug dankt für das Engagement in dem Thema. Sie freut sich über die Erwähnung des Pilotprojektes in Niedernberg, von dem sie das erste Mal gehört hat. Sie bittet um weiteren Input zu dem Thema und glaubt, dass es eine falsche Behauptung ist, dass junge Menschen keine Ehrenämter und Vereinsarbeit mehr übernehmen möchten. Zahlreiche junge Leute sind bereit, unter Anleitung auch Verantwortung zu übernehmen. Sie fragt, was konkrete Ansätze und lesson learned sind, die es zu beachten gilt.

Herr Platz ergänzt, dass das Pilotprojekt „Mensch Coach“ heißt. Ergänzend zu dem Angebot der Vereine und Verbände sollen Jugendliche ab dem Alter von 12 Jahren über einen Zeitraum von sechs Monaten mit ihrem festen Coach das Pilotprojekt für sich ausprobieren. Es sollen Jugendliche begeistert werden, sich in Gruppen zu engagieren. Sie sollen Erfahrungen sammeln, wie es ist, für jemanden, der noch nicht engagiert war, aber aktiv werden möchte. Sie sollen sich in vielfältigsten Bereichen von Stresssituationen bis hin zu den körperlichen Erfahrungen leitungs- und gruppenübergreifend austauschen. Ob das im Jugendtreff, Verein oder Verband erfolgt, ist abzuwarten. Das Projekt wird von Bürgermeister Reinhardt unterstützt. Wenn nach dem halben Jahr eine positive Bilanz gezogen wird, erfolgt ähnlich des Projekts „Zukunft“ eine Vorstellung in der Sitzung des bayerischen Gemeindetages oder der Bürgermeisterdienstbesprechung, um weitere Kommunen für eine Teilnahme an dem Projekt zu begeistern. Herr Platz ergänzt, dass das Projekt „Zukunft“ fortgeführt wird. In Sulzbach steht das Projekt in den Startlöchern. Ende September/Anfang Oktober 2021 ist der Projektstart in Hausen. In Eschau wurde mit einem digitalen Projekttag abgeschlossen. Herr Scherf lobt, dass das Projekt „Zukunft“ nicht aufgegeben, sondern fortgeführt wird. Es ist das gemeinsam entwickelte Konzept mit dem Kreisjugendring, für das in zwei Fachtagen

die Grundlagen gelegt wurden, um die jungen Menschen zu beteiligen und öffentlich wahrzunehmen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 9:

Bericht aus der Jugendkultur

Frau Fleischmann, UB 1.2, berichtet aus der Jugendkulturarbeit.

Herr Scherf dankt für das große Angebot im ereignisreichen Herbst, hebt lobend den Kulturwochenherbst hervor und lädt alle Ausschussmitglieder hierzu ein. Es gibt ein neues Konzept, Eintrittskarten können bereits erworben werden.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 10:

Bericht aus dem Kreisjugendring

Frau Hartmann, KJR, berichtet aus der Perspektive der Kreisjugendverbände.

Frau Hartmann stellt sich als Geschäftsführerin vom Kreisjugendring vor. Der KJR widmet sich der hauptsächlich ehrenamtlich organisierten Jugendarbeit, er macht keine Jugendsozialarbeit. Die Ehrenämter bei der Feuerwehr und den kirchlichen Verbänden sind vielerorts coronabedingt weggebrochen. Die Jugendarbeit wurde von der Politik leider nicht beachtet. Sie konnte nicht stattfinden und hatte keine Perspektive auf Eröffnung. Durch massives Intervenieren durch den Präsidenten vom Bayerischen Jugendring gab es eine erste Perspektive Ende Mai 2021, die zumindest eine rudimentäre Jugendarbeit ermöglichte. Die Stärke der Jugendarbeit liegt in der Spontaneität und partizipativen Funktionsweise. Deswegen war eine schnelle Anpassung an die neuen Vorgaben möglich. Beginnend in den Pfingstferien während des ersten Lockdowns gab es digitale Zeltlager. Der KJR hat einen großen finanziellen Bedarf für die digitale Ausstattung identifiziert, denn es werden weiterhin Angebote in digitaler Form stattfinden – dies alleine schon für die Besprechungen und Konferenzen, die ebenfalls Teil der Verbandsarbeit sind. Die Freizeiten und Zeltlager sind nicht alternativ darstellbar. Mit großer Sorge wird beobachtet: Wenn in Schulen keine Klassenfahrten mehr angeboten werden, wird es in der Konsequenz auch keine Einrichtungen mehr geben, zu denen man als Jugendgruppe hinfahren könnte. Damit würde das Erlebnis für Jugendliche entfallen, ein Wochenende oder eine Woche ohne die Eltern zu verbringen und eigenverantwortlich zu sein. Kinder und Jugendliche sind zunehmend schwieriger zu erreichen. Viele digitale Angebote haben zur Ermüdung geführt. Kinder und Jugendliche nehmen diese kaum noch an. Die Vereine und Verbände, die bereits Schwierigkeiten hatten, Mitglieder und Verantwortliche zu finden, laufen Gefahr, in Zukunft überhaupt weiter existieren zu können mangels Desinteresse. Denn oftmals ist alles andere wichtiger als das Engagement im Freizeitbereich. Das in der Gesellschaft gezeichnete Bild von Kindern und Jugendlichen ist inakzeptabel. Ihre Bedürfnisse wurden nicht beachtet, auch nicht bei der Öffnungsstrategie. Zum anderen wurden Jugendliche als Pandemietreiber skizziert. Dabei waren es oft die ehrenamtlichen Ehrenamtsjugendleiter*innen, die Einkaufsangebote für Ältere initiiert haben, die sich solidarisch gezeigt haben, um die ältere Generation nicht zu gefährden. Bedürfnisse ihrer Freizeit interessierten die Politik nicht. Aktuell wird ihr Schulbesuch gefordert, aber ohne ein Impfangebot zu unterbreiten. Von den Jugendlichen wird dies als Geringschätzung empfunden. Die aktuelle Herausforderung ist die Reaktivierung der Mitglieder nach der Coronapause. Außerdem ist möglichst verlässlich zu planen, da diese Rhythmik für Kinder und Jugendliche unerlässlich ist. Die Jugendarbeit in den Verbänden und Vereinen war immer sicher. Die Hygienekonzepte haben funktioniert. Die Zusammenarbeit vom Bayerischen Jugendring, der immer in Kontakt mit dem Gesundheitsamt stand, hat sehr gut funktioniert. Nahezu wöchentlich kamen neue Konzepte, die eine Umsetzung bedingten. Dabei wurde auf die Sicherheit junger Menschen politikseitig wenig Rücksicht genommen. Es fehlt eine Anerkennungskultur für junge Leute, die sich in diesen herausfordernden Zeiten stark engagierten. Es fehlt ein Dankschön fürs Mittragen, fürs Durchhalten, fürs nicht Rebellieren. Ein Danke fürs Übernehmen von Ehrenämtern, die Ältere coronabedingt aufgegeben haben, zum Beispiel im Martinsladen. Der KJR wird sich weiter einsetzen und bestrebt sein, außerschulische Angebote zu unterbreiten.

Herr Scherf lobt die Bestrebungen des Bayerischen Jugendrings in den vergangenen Monaten, um Gehör zu finden. Leider wurde diesem zu wenig Beachtung geschenkt. Er hofft, dass die Situation der Kinder und Jugendlichen endlich wahrgenommen wird. Dem Zweck der Sensibilisierung dient der Ausschusstermin und auch die darauffolgende Berichterstattung in der Presse.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 11:

Bericht aus dem beratenden und begleitenden Ausschuss zur Jugendhilfeplanung

Frau Weimer, SG 22, berichtet aus der Arbeit des beratenden und begleitenden Ausschusses zur Jugendhilfeplanung.

Sie verweist auf eine in Vorbereitung befindliche Maßnahme gemäß §29 SGB VIII Sozial- und Jugendarbeit. Man ist gerade dabei, die Zielgruppe anzusprechen und soziale Gruppenangebote zu schaffen.

Herr Rätz ergänzt, dass es ein großes Spektrum für soziales Lernen und soziales Nachholen in der Gruppe gibt. Es gibt unterschiedliche Stufen der Herangehensweise durch das Jugendamt. Ein Arbeitsgruppentreffen ist anberaumt mit den unterschiedlichsten Trägern. Das Jugendamt wird sich verschiedenste Konzepte anschauen und proaktiv mitbegleitend an Schulen gehen und sich auch außerhalb einsetzen. Man hofft, ein Instrument zu schaffen, mit dem man kurzfristig viele Defizite ausgleichen kann auf unterschiedlichsten Ebenen. Beispielsweise ein niedrigschwelliger Zugang an Schulen oder ein gezieltes Gruppenangebot außerhalb von Schulen, beispielsweise für adipöse Kinder oder Kinder von psychisch kranken Eltern.

Beschluss:

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 12:

Anfragen

Keine.

Scherf
Vorsitzender

Mika
Schriftführerin